

aus: Evangelische Verantwortung, Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, März 2006, S. 6-15

Ist Multi-Kulti am Ende? Keine Alternative zur Wertediskussion

Vortrag im Festsaal des Roten Rathauses, Berlin-Mitte, 15.2.2006

Christine Schirrmacher

„Multi-Kulti“ – wir alle kennen dieses Schlagwort. Ein Begriff, der heute eher kritisch beäugt wird, aber in den vergangenen Jahrzehnten zum guten Teil Leitlinie des Zusammenlebens von Christen und Muslimen in Europa war, auch wenn sich längst nicht alle über diese Prämisse im Klaren waren. Multi-Kulti – ein Ergebnis geschichtlicher Entwicklung, in die wir eher hineingestolpert sind, anstatt sie bewußt geplant und gesteuert zu haben. Eine Entwicklung, die sich zudem aus falschen Denkvoraussetzungen ergab, unter denen die muslimische Arbeitsmigration in Deutschland betrachtet wurde, sowie aus Gleichgültigkeit und Ignoranz.

Hineingestolpert in die Geschichte

Die Geschichte des Islam in Deutschland beginnt mit dem Jahr 1961 - wenn wir einmal die Rekrutierung der zwanzig türkischen Soldaten, der „Langen Kerls“, in die Armee Friedrich Wilhelm I. 1731 außer acht lassen. 1961 schloß die Bundesrepublik Deutschland die ersten Anwerbeverträge mit Arbeitnehmern aus der Türkei. Die Mehrzahl der Familienväter stammte aus Anatolien. Wichtiger als eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung war der Gesundheitstest - einschließlich einer Überprüfung der Zähne - der vor der Einreise nach Deutschland absolviert werden mußte. Viele Menschen kamen als ungelernete Arbeitskräfte, um das ungeheure Wirtschaftswachstum in Nachkriegsdeutschland weiter voranzutreiben, für das bei Vollbeschäftigung keine weiteren Arbeitsmarktreserven innerhalb der europäischen Grenzen mobilisiert werden konnte. Viele Männer kamen ohne Familie, als „Gastarbeiter“, mit dem erklärten Ziel, nach einigen Jahren mit etwas Wohlstand in die Heimat zurückzukehren.

Aber die wirtschaftliche und teilweise auch die politische Lage in der Türkei schien wenig vielversprechend, und als 1973 die Bundesrepublik einen Anwerbestopp erließ, den Familiennachzug aber weiter ermöglichte, kam es nicht zur Rückkehrbewegung. Im Gegenteil: viele der Ehefrauen und Kinder zogen den in Deutschland lebenden Vätern und Ehemännern nach. So wuchs die zweite Generation muslimischer Zuwanderer in Deutschland auf. Durch eine im Vergleich zur deutschen Bevölkerung höhere Geburtenrate, durch Flüchtlingsströme aus verschiedenen islamischen Ländern (vor allem dem Balkan, dem Iran und einigen arabischen Ländern), durch Asylsuchende und Wirtschaftsflüchtlinge wuchs die Zahl der Muslime in Deutschland auf heute etwa 3,2 Mio. Menschen an.

Die Geschichte des Islam in Deutschland beginnt also nicht mit dem 11. September 2001, sondern vor rund 45 Jahren – nicht allen ist das wirklich bewußt. In diesen Jahren haben sich wenige ausgesprochene, aber umso mehr unausgesprochene Leitlinien des Zusammenlebens verfestigt.

Falsche Denkvoraussetzungen mitgebracht

Zur heutigen Problemlage trägt auch bei, dass die erste Phase des Zusammenlebens ab 1961 von vielen falschen Denkvoraussetzungen begleitet wurde: So z. B. in den ersten beiden Jahrzehnten von der Annahme, dass die muslimischen „Gastarbeiter“ bald in ihre Heimatländer zurückkehren würden. Diese Annahme erwies sich insgesamt als falsch - das wurde aber nur sehr zögerlich zur Kenntnis genommen. Später, in den 80ern ging man mehr

oder weniger unausgesprochen davon aus, dass die Integration derer, die bleiben würden, sich quasi von selbst vollzöge – wieder eine Fehlannahme. Ja, noch in den 90ern vertraten politische Verantwortungsträger teilweise sehr offensiv die These, dass die Zuwanderer einer muslimisch geprägten Kultur in der zweiten, spätestens dritten Generation sich so „assimiliert“ haben würden (O-Ton eines damaligen Gesprächspartners), dass ihr türkischer oder arabischer Hintergrund gar nicht mehr ins Gewicht fiel und dass ihre Herkunft schon bald nicht mehr erkennbar sei. Auch das war eine Fehlannahme, wie heute nur allzu offensichtlich ist.

Die deutsche Sprache würde die zweite, spätestens dritte Generation fehlerfrei und selbstverständlich beherrschen, eine gesonderte Sprachförderung sei nicht erforderlich – schon wieder eine Fehlannahme. Und schließlich wurde mehr oder weniger offiziell gemutmaßt, dass der Islam als Religion und die mit ihm begründeten kulturellen Werte für die Integration der Zuwanderer und das Zusammenleben von Christen und Muslimen keine nennenswerte Rolle spielten, ja dass die Religion des Islam bald ebenso „aufgeklärt“ ein Randdasein führen würde wie das Christentum in den westlichen Gesellschaften. - Diese Denkvoraussetzungen auch nur in Frage zu stellen, galt im besseren Fall als politisch unkorrekt, im schlechteren Fall als ausländerfeindlich.

Gleichgültigkeit und Ignoranz gepflegt

Zu dieser nicht gesteuerten Entwicklung und den falschen Denkvoraussetzungen traten Gleichgültigkeit und Ignoranz, und zwar auf politischer wie persönlicher Ebene. Eine Beschäftigung mit den sich anbahnenden Problemfeldern blieb lange aus, die durch den dauerhaften Verbleib, den weiteren Zuzug und das sich selbst Überlassenbleiben der muslimischen Gemeinschaften entstand. Wenn man sich doch dieser Thematik annahm, dann meist zaghaft und halbherzig. In diesen ersten 20, 30 Jahren wurde nicht erkannt, dass die zweite und dritte Generation der Arbeitsmigranten besondere Förderkonzepte gebraucht hätte, dass auf der anderen Seite aber auch an manchen Stellen Moscheekulturen und politische Netzwerke entstanden, die in mancher Beziehung die Grundlagen der westlichen Gesellschaft massiv in Frage stellten. Aber da man weder religiös-rechtliche noch kulturell-gesellschaftliche Unterschiede zur Mehrheitsgesellschaft ausmachte, durfte es ja auch keinen besonderen Handlungsbedarf geben.

Auch aus diesem Grund wurde die Aufgabe der Integration fast lautlos den Schulen zugewiesen, wo diese Eingliederung der Arbeitsmigranten ohne viel Aufheben vonstatten gehen sollte. Die Lehrer sollten – zumeist ohne zusätzliches Zeitbudget, ohne gesonderte Hilfsmittel und befähigende Ausbildung – die Integrations-, Kultur- und Sprachdefizite der muslimischen Kinder gewissermaßen nebenbei auffangen und sie auf den Wissensstand der übrigen Klasse bringen. Mag das auch an manchen Stellen mit sehr viel Einsatz für einzelne Kinder bewältigt worden sein, mußte dieses Modell spätestens dann scheitern, wenn nicht mehr ein oder zwei, sondern 15, 20 oder 25 Kinder ohne Deutschkenntnisse in einer Regelklasse zusammenkamen. Viel zu lange hat man darauf gewartet, dass diese Extraanstrengungen des Deutschunterrichts „nebenher“ überflüssig würden, wenn endlich die Enkel der ersten Zuwanderer „von selbst“ gut deutsch sprechen würden. Erst heute hat man in vollem Umfang erkannt, dass das ohne zusätzliche Förderkonzepte nie der Fall sein wird.

Aber auch abseits der großen Politik war auf der ganz persönlichen Ebene kaum eine andere Haltung zu verzeichnen. Muslimische Zuwanderer blieben auch in dritter Generation „Fremde“ in diesem Land, „die Ausländer“ oder „die Türken“, die öfter mal mit der Frage angesprochen wurden: „Du sprichst aber gut Deutsch. Wann gehst du denn zurück?“ und dann irritiert zurückfragen konnten: „Wohin zurück? Ich bin doch in Deutschland geboren und besitze einen deutschen Pass.“ Zu der fehlenden Bereitschaft zur Begegnung zwischen

den Menschen so unterschiedlicher Welten auf beiden Seiten kamen falsche oder gar keine Vorstellungen über die islamische Religion, Tradition, Erziehungswerte und Kultur.

Heute sind die Probleme, die daraus erwachsen sind, nur allzu offensichtlich. Vieles ist hinreichend bekannt:

Die Sprachproblematik hat sich nicht von selbst erledigt: Im Gegenteil, die dritte Generation muslimischer Migrantenkinder spricht zu großen Teilen schlechter deutsch als ihre Eltern und Großeltern.

Die Integration hat sich ebenfalls nicht von selbst ergeben. Auch in Deutschland eingebürgerte Migranten sind im Bewußtsein der Mehrheitsbevölkerung bis heute vielfach „Ausländer“ geblieben. Sie sind nie willkommen geheißen, nie als Nachbarn und Freunde aufgenommen worden. Sie sehen sich selbst als Verachtete, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Nach Deutschland verpflanzt durch eine Entscheidung ihrer Eltern oder Großeltern, sind sie emotional bis heute nicht in Deutschland angekommen. Manche von ihnen wollen heute auch keine Anstrengungen mehr in diese Richtung unternehmen. Anstatt dass die Integration Fortschritte machte, hat sich ein großer Teil der muslimischen Migrantengemeinschaft immer stärker in eigenen Stadtvierteln konzentriert und in die Moscheen und den eigenen Sprach- und Kulturraum zurückgezogen.

Nicht-Integration geerntet

Die Folgen einer Integration, die aufs Ganze gesehen, nicht stattgefunden hat, treten heute an vielen Stellen offen zu Tage:

Bei Frauen...

So hat sich z. B. die Geschlechterproblematik sowohl in Bezug auf Mädchen und Frauen wie auch hinsichtlich der jungen Männer verschärft. Für junge Frauen insofern, als dass nicht nur die Zahl der Kopftücher unter muslimischen Migrantinnen deutlich zugenommen hat, sondern auch dadurch, dass sie weitaus früher getragen werden, ja oft sogar früher, als in den islamischen Herkunftsländern, in denen das Kopftuch vor der Pubertät unüblich ist. Gerade in Berlin – aber auch in anderen städtischen Ballungszentren – beobachten Sozialarbeiter und Lehrer zunehmend, dass schon sechs- bis achtjährige Mädchen beginnen, den Schleier zu tragen, vom Schulsport und Klassenfahrten abgemeldet werden, nicht Fahrrad fahren dürfen und sich auch nicht ungehindert im Freien bewegen können.

Auch die Zahl derer, die auf Druck politischer muslimischer Gruppierungen veranlaßt werden, das Kopftuch zu tragen, nimmt zu. Mädchen ohne Verhüllung werden von anderen Muslimen in ihrem Wohnquartier teilweise angefeindet, kontrolliert und bedroht oder offen als „Huren“ beschimpft. Die islamische Kleiderordnung und mit ihr die islamische Morallehre gewinnen an Boden – mitten in Deutschland.

Zwangsehen sind auch unter der dritten Generation keine Ausnahme. Z. T. werden die „Importbräute“ aus der ländlichen Türkei nach Deutschland gebracht, um dem eigenen Sohn ein „sauberes“ und fügsames Mädchen aus der Verwandtschaft zu vermitteln. Gerade diesen Frauen der dritten Generation gewähren konservative Ehemänner oft weniger Freiheits- und Persönlichkeitsrechte als ihre Mütter und Großmütter in Deutschland genossen, die nicht selten erwerbstätig waren. Ihre Kinder werden wieder zwischen zwei sehr unterschiedlichen Welten zerrissen sein, da sie von ihren Müttern aus der ländlichen Türkei nach türkischen Erziehungsidealen und ausschließlich mit der türkischen Sprache erzogen werden und am ersten Schultag wiederum kein Wort Deutsch sprechen.

Und auch das Thema der Ehrenmorde ist von trauriger Aktualität. Leider sprechen wir nicht über eine längst überholte Sitte von vor 1.000 Jahren, sondern über eine Praxis inmitten der Großstädte Deutschlands. Das letzte Opfer, Hatun Sürücü, wurde im Februar 2005 in Berlin auf offener Straße von ihren Brüdern erschossen, weil sie „lebte wie eine Deutsche“ und „eine Schlampe“ war, die „es nicht besser verdient hatte“ (O-Ton einiger Jugendlicher aus der türkischen Gemeinschaft). Die Zahl der Ehrenmorde scheint in der dritten Generation eher zuzunehmen, wenn die zwischen zwei Welten aufgewachsenen muslimischen Frauen es heute wagen, sich z. B. den Heiratsplänen ihrer Familie zu widersetzen.

Um die verletzte Ehre der muslimischen Weltgemeinschaft, die der Koran bezeichnet als „die beste Gemeinschaft, die je unter Menschen entstanden ist“ (Sure 3,110) geht es auch bei manchen Konflikten zwischen der islamischen und westlichen Welt, zum Teil auch bei den Auseinandersetzungen um die im September 2005 erstmals veröffentlichten Karikaturen der dänischen Zeitung „Jyllands Posten“. Aber die Ehre spielt auch für die muslimische Wut auf die Folterskandale im Gefängnis des irakischen Abu Ghraib eine Rolle, denn die Demütigung und der Gesichtsverlust vor der ganzen Welt wiegen noch schwerer als alles andere. Und Usama bin Laden genießt auch deshalb die Sympathien so vieler Muslime unterschiedlichster Herkunft und Ausrichtung, weil er in den Augen vieler die in den Staub getretene Ehre der islamischen Welt wieder hergestellt hat, indem er gegen die fortgesetzte Unterdrückung und der muslimischen Welt zugefügte Schande aufbegehrte und der westlichen Supermacht der USA die Stirn bot.

... und Männer

Aber auch die jungen Männer sind bei der nicht in Angriff genommenen Integration auf der Strecke geblieben: Manche Studien bezeichnen gerade sie als die eigentlichen Verlierer der Zuwanderung. Viel zu viele fühlen sich weder in Deutschland noch im Land ihrer Eltern und Großeltern akzeptiert. In der eigenen Familie oft verhätschelt und vernachlässigt zugleich, sind sie besonders häufig von schulischem Scheitern betroffen. Das auch deshalb, weil sie meist wenig Unterstützung und Förderung von zu Hause erhalten - gerade die PISA-Studien haben verdeutlicht, wie entscheidend das familiäre „Bildungsklima“ für den Lern- und Schulerfolg eines Kindes doch ist. Viel zu oft verlassen Migrantenkinder die Hauptschule ohne Abschluß (in manchen Stadtteilen Berlins bis zu 70%) oder müssen aufgrund zu häufiger Wiederholungen der einzelnen Klassen sogar auf die Sonderschule wechseln. Der Erfolglosigkeit in Schule und Beruf steht die eigene Familie als Schutz- und Rückzugsraum gegenüber: sie sorgt für sie, entschuldigt und verteidigt sie häufig, wenn sie vor Gericht unter Anklage stehen und ist ihnen dadurch oft keine Hilfe bei dem Prozess, sich rückhaltlos mit den Realitäten des Lebens und ihrer Zukunft in Deutschland auseinanderzusetzen; einem Land, in dem Bildung und berufliche Qualifikation – nicht Verwandtschaft und Beziehungen – zu den Grundvoraussetzungen zu Fortkommen und Aufstieg gehören.

Ohne Schulabschluß keine Berufsausbildung: Kein Wunder, dass gerade junge Männer von hoher Arbeitslosigkeit betroffen sind. 65% der Migrantenfamilien sollen laut Statistik unter oder knapp über der Armutsgrenze leben. Also hat der soziale Aufstieg von der ungelerten Arbeitskraft der Anwerbegeneration bis zur dritten Generation noch nicht funktioniert. Auch in Bezug auf die deutsche Gesellschaft hat sich ja längst gezeigt, dass niedrige Einkommen, ein schwach ausgeprägter Bildungshintergrund und der dauerhafte Empfang von Sozialhilfe mit großer Wahrscheinlichkeit an die nächste Generation vererbt werden. Nach einem sozialen Aufstieg sieht es auch derzeit innerhalb der Migrantengemeinschaft nicht aus; eine Situation, die natürlich durch die gegenwärtige Arbeitsmarktlage nicht verbessert wird. Wer sich ohne Hoffnung auf eine Arbeit die Zeit vertreibt, wem Anerkennung und ein Platz in der Gesellschaft fehlt, wird vielleicht das schnelle Geld im Drogen- oder Zuhältergeschäft wittern, sich einer Gang anschließen oder sich mit einer anderen Straßenkämpfe liefern.

Stärke demonstrieren und Gewalt mit Waffen oder Fäusten einzusetzen ist leider im Vergleich zur angestammten deutschen Bevölkerung in Migrantenfamilien viel häufiger Alltag; manchmal wird sogar in den Koranschulen geschlagen. Gewalt und Stärke sind Kennzeichen der patriarchalisch geprägten Gesellschaft, sind hier Beweis für Selbstbewußtsein und Durchsetzungsvermögen.

Und auch bei der Gewalt gegen die eigene Mutter und Schwester liegt nach neuesten Studien die Zahl derer, die sie zu Hause erlebt haben, bei Migrantenkindern um ein vielfaches höher als in Familien ohne Migrationshintergrund. Natürlich wird den Jugendlichen dabei auch ein bestimmtes Frauenbild vermittelt und die tägliche Geringschätzung und Verachtung der Frau als eigenständige Persönlichkeit verinnerlicht. Gewalt wird so als legitimer Weg zur Konfliktlösung erlebt.

Immer häufiger fühlen sich junge Männer als Muslime und Türken in dieser Gesellschaft zurückgewiesen, benachteiligt und diskriminiert und reagieren ihrerseits mit einer grundsätzlichen Ablehnung dieser Gesellschaft, die sie immer stärker als rassistisch beurteilen. Die Zahl derer, die den Koran und die Demokratie für unvereinbar miteinander halten, nimmt ebenso zu wie der Einfluß islamistischer Gruppierungen, die die Jugendlichen über die Moscheen und die dortigen Freizeitbeschäftigungen erreichen. Wenn ihnen in jungen Jahren in dieser Situation der türkische Nationalismus, der Islam als die allen anderen überlegene Religion und der Westen als gottlos und verdorben vermittelt werden, dann setzt immer häufiger eine Radikalisierung ein, die ein Bemühen um diese Jugendlichen in Schulen, Sozialprojekten oder einer offenen Jugendarbeit fast aussichtslos erscheinen läßt.

Diese Jugendlichen sind in einer rein türkischen oder arabischen Familie und Wohngegend großgeworden. Niemand hat ihnen die Normen und Werte dieser Gesellschaft je vermittelt, geschweige denn, die weltanschaulichen Grundlagen dieser Kultur und Geschichte. Diese Entwicklung muß zu großer Besorgnis Anlass geben, ist doch die Zahl von rund 800.000 Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund viel zu hoch, um die gegenwärtigen Symptome als Randerscheinungen weiter vernachlässigen zu können.

Heute: Ursachenforschung betreiben

Die geschilderte Situation muß nachhaltig zu denken geben. Sie wird sich nicht von selbst entspannen und die Probleme werden nicht ohne unser aller massiver Anstrengungen gelöst werden können. Gut, dass endlich eine offenere Erörterung der gegenwärtigen Lage begonnen hat, denn nur eine fundierte, möglichst scheuklappenfreie Sachdiskussion wird auch Sachlösungen zu Tage fördern können.

Allerdings wird die Diskussion über die gegenwärtigen Schwierigkeiten allein – so wichtig sie als ein erster Schritt ist – nicht ausreichen. Wir werden eine Schicht tiefer bohren und auch über die zugrundeliegenden Ursachen für die gegenwärtige Problemlage sprechen müssen: über die Grundlagen der westlichen Kultur und Zivilisation sowie über die nahöstliche Kultur und Gesellschaftsordnung, aber auch über die Fundamente der islamischen Religion, nicht ohne dabei zu berücksichtigen, dass Religion, Tradition und Kultur nicht immer glasklar voneinander zu trennen sind.

Nur eine fundierte Ursachenforschung wird Wege zur konstruktiven Integration eröffnen: Wer nicht definieren kann, was die tragenden, unverzichtbaren Fundamente der eigenen Kultur und Wertegemeinschaft sind, dem muß zwangsläufig unklar bleiben, was er von der Zuwanderergemeinschaft einfordern kann und wo er die kulturelle Vielfalt als Bereicherung des eigenen Horizontes genießen kann.

Die gegenwärtige Problemlage drängt der westlichen Gesellschaft also die Wertediskussion geradezu auf, ja offenbart deren bisherige Vermeidung. Nur wenn die westliche Gesellschaft sich dieser längst überfälligen Wertediskussion ehrlich stellt, wird sie die gegenwärtige Krise dauerhaft gewinnbringend bewältigen können – andernfalls wird es bei oberflächlichen

Schönheitsreparaturen bleiben. Von daher ist die gegenwärtige Krise gleichzeitig eine Chance zur Standort- und Zielbestimmung.

Den Islam in seiner Gesamtheit wahrnehmen

In Bezug auf den Islam in Deutschland ist daraus z. B. die Notwendigkeit abzuleiten, den Islam in seiner ganzen Bandbreite so wahrzunehmen, wie er sich selbst versteht: als vitale, richtungsweisende Religion, aber eben nicht nur als Religion, sondern auch als Gesellschaftsordnung, die für manche muslimischen Kräfte auch eine politische Dimension besitzt.

Wer den heutigen Islam in Deutschland begreifen will, muß sich mit seiner Geschichte und Theologie auseinandersetzen, mit dem Stifter des Islam, dem Propheten Muhammad, dem Heerführer, Gesetzgeber und Gemeindeführer in einer Person. Wer die Bedeutung Muhammads für heutige Muslime verstehen will, wird aus der Geschichte und Theologie erfahren, dass er als der von Gott gesandte, letzte Prophet der Geschichte schon zu seinen Lebzeiten in allen weltlichen wie geistlichen Handlungen als unhinterfragbares Vorbild galt und der Koran als wortwörtlich von Gott inspirierte Botschaft bis heute keiner historischen Kritik unterzogen wurde.

Wer den Palästina-Konflikt in seiner geschichtlich-theologischen Dimension begreifen und antisemitische Äußerungen heutiger muslimischer Theologen und Meinungsführer einordnen will, muß wissen, wie negativ der Koran die damalige jüdische Gemeinschaft – aus den Kämpfen Muhammads mit den jüdischen Gruppierungen heraus - beurteilt. Dass der Koran zwar die Religion der Christen zu Beginn der Verkündigungszeit Muhammads respektiert, aber zum Ende seines Lebens immer stärker als verfälscht beurteilt. Ausgehend von diesen Aussagen des Korans muß eine Beschäftigung damit stattfinden, welche Bedeutung diesen Verse in heutigen Moscheepredigten beigemessen werden und zu welchen Handlungen Muslime dort aufgerufen werden. Und wer die heftigen weltweiten Reaktionen bis hin zu Zerstörung und Mord an Unbeteiligten auf die zunächst unscheinbaren Karikaturen Muhammads in einer dänischen Zeitung einordnen will, muß wissen – neben der Tatsache, dass diese weltweiten Unruhen mit Falschinformationen gezielt geschürt wurden - dass Muhammad auf die Verspottung seiner Person durch die jüdische Gemeinschaft von Medina ab 624 n. Chr. mit Rachefeldzügen und Vergeltung antwortete – so zumindest die islamische Überlieferung.

Wenn wir vom Islam in Deutschland sprechen, so ist bisher zu wenig berücksichtigt worden, dass wir es nicht nur mit einer in Deutschland lebenden muslimischen Gemeinschaft zu tun haben, sondern auch indirekt mit politischen Parteien, Ideologien, Theologen und Bewegungen aus den islamischen Herkunftsländern, die über die Moscheen, islamischen Zentren und die Medien teilweise großen Einfluß auf die muslimische Gemeinschaft in Deutschland ausüben. Die Literatur muslimischer Rechtsgutachter (Muftis) und Theologen ist in zahlreichen Moscheen auf Deutsch erhältlich, ihre Predigten werden auf Kassetten verkauft oder ihre Meinungen zu hiesigen Angelegenheiten über Internet und email abgefragt. Wer in den arabischen Ländern Einfluß auf die dortige islamische Gemeinschaft ausübt, wird diesen Einfluß in gewisser Weise auch auf europäische Muslime ausüben, denn die hiesigen Gruppierungen spiegeln die dortige theologische, nationale und ideologische Vielfalt wider und die Verbindungen sind z. T. sehr intensiv. Wollen wir also die muslimische Gemeinschaft in Deutschland verstehen, muß sich unser Blick gleichzeitig auf die muslimischen Herkunftsländer richten.

Um mit der Integration Fortschritte zu erzielen, muß unser Augenmerk also dem Islam in seiner historischen, theologischen, kulturellen und politischen Tragweite gelten. Blenden wir einen Aspekt aus, wird unsere Analyse von unvollständigen Grundannahmen ausgehen. In der

gegenwärtigen Situation sind die mit dem Islam begründeten gesellschaftlichen Werte von besonderer Tragweite, wurzeln aber letztlich im islamischen Recht, der Tradition und Theologie.

Grundlagen der europäischen Kultur und Zivilisation benennen

Gerade weil der Islam eindringlich die Frage nach den kulturellen, politischen und religiösen Werten dieser Gesellschaft stellt, ist es an der Zeit, über tragfähige Antworten nachzudenken. Über die Antworten nämlich, denen wir bisher teils aus Bequemlichkeit, teils aus Unkenntnis, teils aus einer Verweigerungshaltung aus dem Weg gegangen sind, die aber unausweichlich gegeben werden müssen, um die gegenwärtige Situation zum positiven zu wenden. Soll das gelingen, muß zunächst ein „Kassensturz“ gemacht werden, und zwar sowohl über die der heimischen wie der Migrantenkultur zugrundeliegenden Werte.

Wer über die Wurzeln der europäischen Kultur und Geschichte nachdenkt, hat sich damit weder für eine Über-Kultur noch für die Schaffung einer Monokultur ausgesprochen. Sich mit den eigenen Wurzeln auseinanderzusetzen, ist vielmehr ein Zeichen echter Toleranz und Aufgeschlossenheit: Wer keine Klarheit über sich selbst gewinnt, wird auch anderen nicht in Offenheit und Freiheit begegnen können. Weltoffenheit ist gefragt – und dies umso mehr im Zeitalter der Globalisierung – aber doch eine Weltoffenheit, die sich ihrer eigenen Geschichte und Tradition bewußt ist. Kulturelle Stärke kann nur aus einem Bewußtsein für die eigenen Werte, ihre Geschichte und Tradition kommen. Die Alternative wäre Selbstaufgabe durch halt- und grenzenlose Bewunderung – und das darauffolgende Aufgehen in der Zuwandererkultur - oder aber die völlige Ablehnung all dessen, was da als „Fremdes“ hineinwirken mag. Beides sind aber keine gangbaren Wege in die Zukunft.

Eckpunkte des jüdisch-christlichen Erbes erkennen

Wer die europäische Kulturgeschichte betrachtet, wird erkennen, dass diese ganz wesentlich auf ihrem jüdisch-christlichen Erbe sowie auf der Aufklärung gründet. Welcher konkrete Gewinn ist aus dieser zunächst abstrakten Erkenntnis zu ziehen?

Je grundsätzlicher diese Frage angegangen wird, je deutlicher werden die eigentlichen Wegkreuzungen erkannt werden:

Gewaltenteilung und Gleichheit vor dem Gesetz

Da ist zunächst einmal die Gewaltenteilung, eine wesentliche Voraussetzung westlicher Rechtsstaatlichkeit. Sie ist keineswegs Zufallsprodukt einer sich am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit modernisierenden Gesellschaft und auch nicht die notwendige Folge aufklärerischer Befreiung von den „Fesseln der Kirche“. Die Trennung von Exekutive und Legislative ist vielmehr als Bestandteil des jüdisch-christlichen Erbes schon im Alten Testament angelegt und wird im Neuen Testament bestätigt und verfestigt. Eng damit in Zusammenhang steht die Trennung von Kirche und Staat, des weltlichen und religiösen Bereiches, die in der christlichen Kirchengeschichte durchaus nicht immer praktiziert wurde. Klassisch wird das in dem Aufruf Jesu formuliert, dem Kaiser und Gott jeweils das Seine zu geben (Matthäus 22,21).

Die wichtigste Folge davon, dass schon zu alttestamentlichen Zeiten in Israel die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive, zwischen dem Priester, dem Verkünder der Gesetze Gottes, und dem König, existierte, war vielleicht, dass der König nicht das Gesetz erließ, sondern ihm vielmehr unterstand. Brach er das Gesetz – und das Alte Testament enthält zahlreiche Berichte über machtversessene, korrupte, gesetz- und gottlose Könige - wurde er von einem Propheten an das Gesetz Gottes erinnert und zur Rechenschaft gezogen.

Das vielleicht berühmteste Beispiel dafür ist die Erzählung von König David, der glaubte, seine Macht für Ehebruch und Mord mißbrauchen zu können, weil er der mächtigste Mann Israels war. Der Prophet Nathan jedoch konfrontiert ihn schonungslos mit seiner Schuld, für die er mit dem Tod seines ersten Sohnes bezahlen muß (2. Samuel 11 + 12). Daraus wird im Alten und im Neuen Testament immer wieder die Lehre gezogen: „Es gibt kein Ansehen der Person bei Gott“ (2. Chronik 19,7 u.v.a.m.).

... in westlichen Gesellschaften

Man kann diese Geschichte als unbedeutend abtun – dennoch zeichnet sie eine der Grundlagen unserer Staatsauffassung und unseres Rechtsempfindens. Nur wenn der Vertreter der Staatsgewalt selbst unter, nicht über dem Gesetz steht, kann es eine Berufungsmöglichkeit des Bürgers gegen den Staat geben. Nur dort wächst eine gesunde Mündigkeit gegen ein Übermaß an Autorität oder Machtmißbrauch. Nur derjenige, der den Staat gegen den Staat anrufen kann und den Verwalter der Gesetze an ihre Einhaltung erinnern darf, der ihn zur Rechenschaft auffordern oder sogar Klage gegen ihn führen kann, ist ein freier Bürger, der eine eigene Würde als Individuum besitzt und nicht nur ein Untertan. Nur dann, wenn es zur Staatsgewalt ein Gegengewicht gibt – die Möglichkeit zur Berufung an höchste Stelle – kann Gerechtigkeit und eine dem Gesetz verpflichtete Rechtsprechung entstehen. Hand in Hand damit geht das Verbot – das auch bereits das Alte Testament formuliert (2. Mose 23,8) - Bestechung anzunehmen, das Recht also käuflich zu machen – das Einfallstor für Unrecht schlechthin.

Wenn eine Person des öffentlichen Lebens sich Dinge herausnimmt, die keinem einfachen Bürger möglich wären – wie Steuerhinterziehung im Millionenbereich oder die unrechtmäßige Inanspruchnahme von Vorteilen - rebelliert der Bewohner der westlichen Hemisphäre. Warum nur? Ist es nicht zulässig, dass diejenigen, die hart arbeiten und viel Verantwortung tragen, auch umfangreichere Rechte genießen? Dass das nach wie vor nicht die überwiegende Überzeugung und öffentliche Meinung ist, sondern für solche Gesetzesbrecher auch in höchster Position eine gerechte Bestrafung erwartet wird, ist vor allem in den christlichen Grundwerten unserer Gesellschaft – der Gleichheit aller vor dem Gesetz unabhängig von Ansehen und Stellung – zu suchen.

und in islamischen Ländern

Ohne in einem schwarz-weiß-Gemälde behaupten zu wollen, dass in westlichen Staaten das Recht nach diesen Grundsätzen in vollkommener Weise umgesetzt würde, wird doch der Gegensatz zu anderweitigen Verhältnissen bei einem Blick auf die Grundlagen anderer Kulturen überaus deutlich. Ist es bloßer Zufall, dass keines der arabisch-islamischen Kernländer heute als Rechtsstaat bezeichnet werden kann?

Ausgehend von unserer ursprünglichen Überlegung, dass Gewaltenteilung Rechtsstaatlichkeit ermöglicht, ist zunächst festzustellen, dass in der urislamischen Gemeinde in der Person Muhammads ebenso wie bei seinen Nachfolgern, den Kalifen, einer solchen Gewaltenteilung gerade eine Absage erteilt wurde: Muhammad war als religiöser Führer seiner Gemeinde und Vermittler der göttlichen Botschaft zugleich Gesetzgeber in weltlichen Belangen, sowie Heerführer und Feldherr. Es ist das weltweite Ziel islamistischer Bewegungen, diese urislamische Einheit von Staat und Gemeinde wiederherzustellen und die islamische Gemeinschaft unter der Führung eines Kalifen zu vereinen.

Wie steht es mit der Position Muhammads zum islamischen Gesetz, das er selbst seiner Gemeinde verkündete? Auch muslimische Theologen bestreiten nicht, dass sich Muhammad in verschiedenen Situationen über statt unter das Gesetz stellte bzw. für seine eigene Person nur für ihn geltende Offenbarungen in Anspruch nahm und auf diese Weise für sich selbst

Sonderrechte begründete (z. B. in Bezug auf die Vielzahl seiner Frauen, den Bruch von Friedensverträgen oder eine für jeden anderen verbotene Ehe mit seiner Schwiegertochter Zainab).

Ist es bloßer Zufall, wenn heute kein islamisches Land ein Berufungsrecht des Bürgers gegen den Staat im eigentlichen Sinne kennt? Dass zwar hier und da Zugeständnisse in Bezug auf offensichtliches Unrecht gemacht werden (wie etwa in Form der 2004 von König Mohammed VI eingesetzten „Versöhnungskommission“ zur Untersuchung der Menschenrechtslage in Marokko), dass der einfache Bürger jedoch kaum gegen einen meist als übermächtig erfahrenen Staat vorgehen und Gerechtigkeit einklagen kann? Dass willkürliche Verhaftung, unbegrenzte Gefangennahme ohne Prozess und anwaltliche Verteidigung, ja dass übermächtige staatliche Gewalt in Form von Folter und Willkür vielerorts an der Tagesordnung sind? Dass die Frage, wer die Willkür des Staates und die Macht der Mächtigen zu spüren bekommt, eher von seiner gesellschaftlichen Stellung, seinen verwandtschaftlichen und gesellschaftlichen Verbindungen zu den Mächtigen des Landes sowie seinen finanziellen Möglichkeiten abhängt, wenn es um die Frage von Recht und Unrecht geht? Und dass all dies in besonderer Weise in den Ländern der Fall ist, die sich auf die gänzliche Einführung der Scharia als Gerechtigkeit schaffendes Gottesgesetz berufen? Ist es Zufall, dass in so vielen islamischen Ländern ein Prozessausgang so oft unvorhersagbar ist und jede Wendung – z. B. Freispruch ebenso wie Todesstrafe im Fall von Abfall vom Islam - bis zum Tag des Urteils möglich scheint? Dass das Recht vielerorts so leicht zu beugen zu sein scheint, dass es in vielen Gesellschaften für den Selbsterhalt unabdingbar ist, staatliche Stellen auf der Suche nach Gerechtigkeit gerade zu vermeiden – z. B. gerade dann, wenn eine Frau eine Vergewaltigung anzeigen will – und nicht dort um Hilfe und Beistand zu bitten, wo dem Bittsteller noch größeres Unrecht geschehen kann? Dass der einfache Mann auf der Straße einen Polizisten nicht in erster Linie als Vertreter von Recht und Gerechtigkeit erlebt, sondern nicht selten als jemand, der ihn dem Unrecht erst ausliefert?

Gewaltmonopol und Vergeltung

Zur Gewährung von Sicherheit und der Schaffung von Gerechtigkeit in einer Gesellschaft gehört auch die Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates und die konsequente Absage an jegliche Privatrache, vor der schon das Neue Testament warnt (Römer 13). Privatrache lässt Unrecht eskalieren, nimmt unweigerlich Unschuldige in Sippenhaft und führt zur Auflösung rechtstaatlicher Strukturen, wenn andere anstelle des an seine eigenen Gesetze gebundenen Staates nach eigenem Ermessen Unrecht vergelten.

Sippenhaft und stellvertretende Vergeltung hat es in vielen Gesellschaften gegeben, nicht zuletzt auch zur Zeit des Dritten Reiches. Sie ist immer Zeichen von Willkür, zumal es offensichtlich in der Natur der Sache liegt, die theoretische Bedingung von eindeutig feststellbarem Unrecht und seiner Bestrafung nach Gleichheitsgrundsatz umzustoßen und einer Anarchie Raum zu geben.

Auch der Koran kennt die in vorislamischer Zeit unbegrenzt geübte Privatrache, die er einschränkt, aber nicht abschafft. Er lässt die Vergeltung von Körperverletzung und Totschlag durch ebensolche Verletzung oder Hinrichtung des Schuldigen bzw. eines Stellvertreters ausdrücklich zu. Dem Stellvertreterprinzip wird also keine grundsätzliche Absage erteilt. Auch das ist ein Aspekt des gegenwärtigen „Cartoon-Streits“, in dem erst dänische Produkte und Firmen mit unter die Vergeltung für die Beleidigung Muhammads fielen, dann Menschen unterschiedlicher Nationalität, aber vorwiegend christlicher Konfession bedroht und umgebracht wurden und die Botschaften mehrerer Länder in Flammen aufgingen – sie alle gehörten zum Kollektiv der westlichen Gesellschaften, die pauschal in Haft genommen wurden.

Würde und Freiheit aller Menschen

Woraus können die Würde und Freiheit eines Menschen abgeleitet werden? Nach christlicher Auffassung vor allem aus der Gottesebenbildlichkeit, auf deren Grundlage der Mensch als unverwechselbares, von Gott ins Leben gerufenes, einmalig begabtes Geschöpf betrachtet wird. Da die Würde des Menschen letztlich von Gott selbst kommt, ist sie nach christlicher Auffassung unantastbar. Das gilt für die Würde jedes Menschen, sei es Christ oder Nichtchrist, sei es Mann oder Frau, Staatsbürger oder Gast, ja sei es Verbrecher oder Gesetzestreuer. Der Gedanke der unteilbaren Würde jedes Individuums hängt eng mit der Gleichheit vor Gott und dem Gesetz zusammen, ebenso aber auch mit Achtung und echter Toleranz, die nur dort entstehen kann, wo diese rechtliche und wesensmäßige Gleichheit aller Menschen Grundkonsens ist.

... nach christlicher Auffassung

Der Christ, der die Erde „bebauen und bewahren soll“ (1. Mose 1), erfährt diese Gleichheit und Würde, aber auch die von Gott geschenkte Freiheit. Er ist Gottes Geboten verpflichtet, dies aber als freier Gestalter seiner Lebenswelt in der Bindung an sein Gewissen. Kreativität, Erfindergeist, Unternehmertum und freie Wissenschaft – Grundlagen allen wirtschaftlichen und geistigen Aufbaus und Fortschritts – aber auch die Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit sind konkreter Ausdruck dieser grundsätzlichen Orientierung an der Würde und Freiheit des Menschen im Christentum. Nur das Christentum hat die Sklaverei grundsätzlich abgelehnt. Bedeutende Vertreter ihres Glaubens haben sie gegen energische Widerstände an höchster Stelle bekämpft und mit der Menschenwürde für unvereinbar verurteilt.

Kritisches Denken, Reflexion über das eigene Dasein, über das Diesseits und Jenseits, ja sogar der gegen Gott gerichtete Vorwurf und die Anklage Gottes sind schon im Alten Testament keine Tabuthemen – man denke nur einmal an Hiob oder die Klagepsalmen, die den ewigen Gott schonungslos der Kritik des begrenzten Menschen aussetzen. Dieser Gott ist einerseits unbegreiflich, fordert andererseits aber die Menschen zum Nachdenken und Erforschen auf. Der christliche Glaube wirft daher ständig Fragen auf, wird neu diskutiert und auf gesellschaftliche Wirklichkeiten hin geprüft. Er erforscht, wägt ab, vergleicht und hinterfragt den Sinn von Geschichte und persönlicher Existenz, aber läßt sich dabei auch hinterfragen – und auch das schon im Alten und Neuen Testament – ohne dabei prinzipiellen Schaden zu nehmen oder um seine Ehre zu fürchten.

Kritik und grundsätzliche Infragestellung, Kreativität und Freiheit mußten nicht erst dem christlichen Glauben abgetrotzt werden, sondern waren von Anfang an mit seinem Grundanliegen vereinbar, um schließlich auch die Gedanken der Aufklärung mitaufzugreifen – auch wenn die gesellschaftliche Wirklichkeit dieses Ideal oft nicht widerspiegelte.

und in der islamischen Theologie

Ein Vergleich mit den Realitäten der islamischen Theologie und gesellschaftlichen Wirklichkeiten zeigt, dass auch diese Werte keine universalen Selbstverständlichkeiten sind. In einer Theologie, die den Menschen zwar als Geschöpf Gottes betrachtet, aber ihm nicht diese besondere Würde als Gottes Ebenbild zugesteht, geht dann auch folgerichtig davon aus, dass der Mensch nicht in erster Linie Freier und Fragender ist, sondern Unterworfener, ein „Muslim“ (Islam = Unterwerfung, Hingabe). Der Unterworfene genießt im islamischen Staat daher grundsätzlich größere Rechte als der Jude oder Christ, der sich Gott nicht in der Religion des Islam unterwirft, also Nichtmuslim ist und im islamischen Staat daher als Bürger zweiter Klasse durch besondere Steuern oder Benachteiligungen unterworfen wird. Ebenso

genießt der Mann im islamischen Erb-, Zeugen- und Eherecht größere Rechte als eine Frau, denn es kann – so ein Grundsatz des islamischen Rechts – keine Gleichheit unter grundsätzlich Ungleichen geben.

Daher wird der Mensch nicht an sein Gewissen gebunden, sondern an das Gesetz mit seinen zahlreichen Einzelbestimmungen zu Speisen und Waschungen, zur Kleidungsordnung und Gebetsrichtung, zur vorgeschriebenen Gebetsformel, der auf die Minute festgelegten Gebetszeit und dem Pilgerritus. Unterwerfung statt kritisches Fragen, ein im Großen und Ganzen noch viel zu stark auf Repetieren ausgerichtetes Bildungssystem statt freier Forschung, die Einschränkung persönlicher Freiheiten wie der Presse- und Meinungsfreiheit oder das nicht gewährte Recht, politische Parteien zu gründen, sind in islamischen Ländern an der Tagesordnung. Kunst, Kultur, Literatur und Religionsfreiheit mögen in der Vergangenheit graduell bessere Entfaltungsmöglichkeiten gehabt haben, sind heute in islamischen Ländern jedoch stark eingeschränkt. Die Scharia kennt nur das Recht, sich dem Islam zuzuwenden, aber die Abkehr vom Islam bedroht sie seit 1.400 Jahren mit der Todesstrafe.

Es gäbe weitere Aspekte, die vergleichend beleuchtet werden könnten, z. B. die Besonderheiten christlicher Arbeitsethik, die jede Art von Arbeit als wertvoll deklariert, weil sie gleichermaßen Dienst an Gott und am Nächsten ist. Der Bildungsauftrag, die Fürsorge für Kranke und Sterbende, Arme und Behinderte unabhängig von ihrem „Wert“, ihrer Konfession, ihrem Geschlecht oder ihrer Herkunft, sind in ihrer Grundlage spezifisch christliche Werte und keinesfalls universale Selbstverständlichkeiten.

Keine Scheu vor der Wertediskussion

Über diese einer Gesellschaft zugrunde liegenden Werte, die in Religion, Rechtsdenken und Tradition wurzeln, muß endlich fundiert gesprochen werden. Es ist durchaus nicht alles inhaltlich „gleich“, was ähnlich klingt. Nur wenn die Grundlagen unserer Gesellschaft – sowie die Grundlagen der Zuwanderergesellschaft – und ihre Folgen für das Zusammenleben rückhaltlos analysiert und ausgeleuchtet werden – z. B. in Bezug auf die Rolle von Mann und Frau, Toleranz und Rechtsdenken – werden sich die für unsere Gesellschaft unverzichtbaren Werte herauskristallisieren. Diese müssen dann auch von Zuwanderern eingefordert werden, um ein konstruktives Zusammenleben gestalten zu können.

Verharrt diese Gesellschaft jedoch in ihrer Selbstunsicherheit über ihre Werte und ihre Identität, wird sie einer so fordernd auftretenden Kultur und Tradition mit einem eigenen, sehr festgefügteten Wertegerüst nur wenig entgegensetzen können: Langfristig wird sie sie nur haltlos bewundern können oder sich aber um des Überlebens willen abgrenzen müssen.

Beides aber sind keine Alternativen für eine gemeinsame Zukunft, die wir ganz ohne Zweifel miteinander gestalten müssen.

Eine Wertediskussion und daraus abgeleitete Regeln für das Zusammenleben können also nicht Zeichen von Arroganz oder von „Zwangsgermanisierung“ sein, sondern im Gegenteil Zeichen des guten Willens zu echtem Miteinander. Wer die eigene Geschichte und Identität leichtfertig über Bord wirft, hat sich selbst bereits aufgegeben und wird morgen in einer zerfallenden Werteordnung leben, in der sich parallele Werte- und Rechtssysteme etablieren.

Ein tragfähiges Gerüst sinnvollen und gleichberechtigten Zusammenlebens bieten die durch Aufklärung und Humanismus ergänzten christlichen Werte, weil sie Achtung vor jedermann, Toleranz auf Augenhöhe, Frauen- und Minderheitenrechte, Freiheits- und Religionsrechte und die gemeinsame, gleichberechtigte Gestaltung der Zukunft unter einem gemeinsamen Wertekanon „ohne Ansehen der Person“ ermöglichen.

Der Islam ist unverrückbarer Bestandteil der deutschen und europäischen Gesellschaft geworden. Legen wir endlich gemeinsame Spielregeln fest, denn eine gelungenes

Zusammenleben wird sich angesichts divergierender Wertauffassungen nicht von selbst ergeben. Im Gegenteil: heute sind aufgrund der langen Vernachlässigung der Probleme größere Anstrengungen nötig. Die Politik ist gefordert mit zusätzlichen Angeboten für Sprach- und Werteunterricht, sowohl für Kinder als auch für den seit 30 Jahren Ansässigen. Neue Lösungen werden gebraucht, um Arbeit und Ausbildung für die gescheiterten Schulabbrecher zu finden, zusätzliche Bildungsangebote und vielleicht sogar eine neue Wohnpolitik sind gefordert, um die weitere Ghettobildung und die dortige Verselbständigung von Rechtsvorstellungen abzuwenden. Aber auch jeder Bürger ist in seinem eigenen Umfeld gefragt, wenn es um Begegnung und Engagement in Politik und Gesellschaft geht, um Fördern und Fordern, um Angebote und Grenzziehen.

Diese Gesellschaft steht derzeit an einem Scheideweg: Wird sie die Kraft aufbringen, sich ihrer Kultur und Zivilisation neu zu versichern, fundierte Begründungen für sie zu finden und sie in der Auseinandersetzung mit anderen Weltanschauungen erfolgreich zu verteidigen? Unserer aller Zukunft hat schon begonnen – finden wir doch den Mut, sie gemeinsam zu gestalten.

Christine Schirmacher ist Islamwissenschaftlerin und wissenschaftliche Leiterin des „Instituts für Islamfragen der Deutschen Evangelischen Allianz“ (www.islaminstitut.de).